

Zürich, 3. März 2014

KR-Nr. 63/2014

A N F R A G E von Res Marti (Grüne, Zürich), Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) und Beat Bloch (CSP, Zürich)

betreffend Folgen der Masseneinwanderungsinitiative für den Forschungs- und Bildungsstandort Zürich

Die Universität Zürich hat in den letzten beiden Jahren (2012 und 2011) jeweils mehr als 17 Mio. Franken Forschungsbeiträge aus Geldern der EU erhalten. Das sind 7.5% der gesamten eingeworbenen Forschungsbeiträge der Universität Zürich. 262 Stellen wurden an der UZH durch Beiträge der EU finanziert. Auch die ETH wird zu einem nicht unwichtigen Teil von Forschungsgeldern der EU finanziert und viele Unternehmen der Privatwirtschaft haben ebenfalls von Forschungsbeiträgen profitiert. Alleine aus dem Forschungsrahmenprogramm 7 der EU sind in den letzten 5 Jahren mehr als 1.5 Mia. Franken in die Schweizer Forschung geflossen, 586 Mio. davon an die ETH Zürich.

63/2014

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Auswirkungen der Masseneinwanderungsinitiative auf den Forschungs- und Innovationsstandort Zürich ein? Welche gesamtwirtschaftlichen Folgen erwartet der Regierungsrat und wie viele Stellen werden kurz- und langfristig im Kanton Zürich aufgrund der eingeschränkten Forschungstätigkeit gefährdet?
2. Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu ergreifen, um die Konkurrenzfähigkeit des Forschungsstandorts Zürich zu erhalten? Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass begabte Forscherinnen und Forscher aufgrund der veränderten Möglichkeit Drittmittel einzuwerben und Forschungsk Kooperationen einzugehen, den Forschungsstandort Zürich nicht verlassen oder gar nicht erst betreten?
3. Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu ergreifen, um die Konkurrenzfähigkeit des Innovationsstandorts Zürich zu erhalten? Wie werden wirtschaftliche Nachteile der aufgrund fehlender Forschungsgelder abnehmenden Innovation bekämpft?
4. Welche Massnahme gedenkt der Regierungsrat zu ergreifen, um die Bedeutung des Forschungsstandorts Zürich in internationalen Forschungsk Kooperationen zu erhalten?
5. Ist der Regierungsrat bereit, künftig für die UZH und die Fachhochschulen nicht mehr einwerb bare Forschungsbeiträge aus den Töpfen der EU durch entsprechend erhöhte Staatsbeiträge zu kompensieren?
6. Welche Massnahmen gedenkt die Universität Zürich zu unternehmen, um den europäischen Studierendenaustausch nach dem Ausschluss aus Erasmus+ weiterhin zu ermöglichen und fördern? Wer übernimmt die dafür anfallenden Kosten?

Res Marti
Ralf Margreiter
Beat Bloch